

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	III
Abkürzungsverzeichnis .....	IX
Literaturverzeichnis .....	XIII
Quellenverzeichnis .....	XXI

## **1. Kapitel: Die Grundlagen zur Würdigkeit von Schuldern im Abschöpfungsverfahren**

I. Die Restschuldbefreiung würdiger Schuldner als insolvenzrechtliches Verfahrensziel .....	1
II. Gesetzliche Ausgestaltung der Würdigkeit im Abschöpfungsverfahren. ....	4
III. Gegenüberstellung der Würdigkeitserfordernisse einer Restschuldbefreiung mit und ohne Gläubigerzustimmung .....	9
IV. Historische Vorbilder der Würdigkeitserfordernisse im Abschöpfungs- verfahren .....	11

## **2. Kapitel: Die Einleitungshindernisse, ihre verfahrensrechtliche Wahrnehmung und die Kostendeckung**

I. Einleitungshindernisse als Unredlichkeitstatbestände (§ 201 Abs 1 IO). ....	15
II. Die Einleitungshindernisse des Abschöpfungsverfahrens im Einzelnen ....	17
A. Die rechtskräftige Verurteilung auf Grundlage auserwählter Insolvenzstraftaten (§ 201 Abs 1 Z 1 IO) .....	17
1. Insolvenzstraftaten zulasten der Gläubiger .....	17
2. Maßgeblichkeit der Rechtskraft einer strafgerichtlichen Verurteilung. .	19
3. Beurteilung einer Entscheidungsaussetzung bei anhängigem Strafverfahren .....	22
4. Zeitliche Limitierung der Verwertbarkeit strafgerichtlicher Verurteilungen .....	23
5. Die Relevanz eines Gnadenaktes .....	27
6. Bewertung ausländischer Verurteilungen als Einleitungshindernis ....	27
7. Amtswegige Erhebungen bei strafgerichtlichen Verurteilungen .....	28
B. Die Verletzung insolvenzrechtlicher Auskunftspflicht- oder Mitwirkungs- pflichten während des Insolvenzverfahrens (§ 201 Abs 1 Z 2 IO) .....	29
1. Ausgangspunkte zu insolvenzrechtlichen Auskunftspflicht- und Mitwirkungspflichten .....	29
2. Einzelfälle zu insolvenzrechtlichen Auskunftspflicht- und Mitwirkungs- pflichtverletzungen .....	31
3. Relevanter Beobachtungszeitraum für eine Pflichtverletzung nach § 201 Abs 1 Z 2 IO .....	36
4. Vorwerfbarkeit der Pflichtverletzung und Verhältnismäßigkeits- erwägungen .....	37

C. Die Verletzung der Erwerbsobliegenheit während des Insolvenzverfahrens (§ 201 Abs 1 Z 2 a IO) .....	39
1. Hintergrund der Erweiterung einer zentralen Wohlverhaltensanforderung .....	39
2. Systematische Einordnung der Erwerbsobliegenheit in das Insolvenzverfahren. ....	40
3. Zur faktischen Sanierung der Präklusion eines Einleitungshindernisses .....	45
4. Der zeitliche Anwendungsbereich des Einleitungshindernisses nach § 201 Abs 1 Z 2 a IO (§ 279 Abs 3 IO idF IRÄG 2017) .....	46
D. Die Verletzung insolvenzrechtlicher Auskunftspflicht- oder Mitwirkungspflichten durch Vertretungsorgane (§ 201 Abs 1 Z 2 b IO) .....	47
1. Leitgedanken zur Schaffung eines Sondertatbestandes .....	47
2. Der für die Pflichtverletzung durch Vertretungsorgane relevante Beobachtungszeitraum. ....	49
3. Einzelfälle zu insolvenzrechtlichen Auskunftspflicht- und Mitwirkungspflichtverletzungen durch Vertretungsorgane .....	50
4. Normadressaten des Einleitungshindernisses nach § 201 Abs 1 Z 2 b IO. ....	53
5. Befristung und Vorwerfbarkeit als Tatbestandseinschränkungen. ....	55
6. Der zeitliche Anwendungsbereich des Einleitungshindernisses nach § 201 Abs 1 Z 2 b IO (§ 279 Abs 3 IO idF IRÄG 2017) .....	57
E. Die Begründung unverhältnismäßiger Verbindlichkeiten und die Verschleuderung von Vermögen (§ 201 Abs 1 Z 3 IO) .....	57
1. Verhinderung von Missbräuchen als gesetzliche Zielsetzung .....	57
2. Begriffsverständnis der „Begründung“ und „Unverhältnismäßigkeit“ einer Verbindlichkeit .....	59
3. Auslegung der Wortfolge „Verschleuderung von Vermögen“. ....	62
4. „Vereitelung“ und „Schmälerung“ als maßgebliche Befriedigungsbeeinträchtigung .....	63
5. Befristung und Vorwerfbarkeit als Tatbestandseingrenzungen. ....	64
F. Unrichtige oder unvollständige schriftliche Angaben über wirtschaftliche Verhältnisse (§ 201 Abs 1 Z 4 IO) .....	65
1. Interpretation unrichtiger und unvollständiger Angaben über wirtschaftliche Verhältnisse .....	65
2. Das Erfordernis der „Schriftlichkeit“ .....	67
3. Notwendiger Erhalt einer Leistung und Schutzwürdigkeitsabwägungen .....	68
4. Sondertatbestand für organschaftliche Vertreter einer juristischen Person .....	70
5. Beurteilung des Vorliegens einer Gesetzeslücke mangels Befristungsregelung .....	72
G. Die Bestätigungsversagung des Zahlungsplans wegen Sonderbegünstigung (§ 201 Abs 1 Z 5 IO) .....	73
H. Die Sperrfrist für ein neuerliches Abschöpfungsverfahren (§ 201 Abs 1 Z 6 IO) .....	74
III. Die verfahrensrechtliche Wahrnehmung der Einleitungshindernisse .....	76
A. Die Antragslegitimation des Insolvenzgläubigers (§ 201 Abs 2 IO) .....	76
B. Bescheinigungserfordernisse und amtswegige Prüfpflichten .....	78
C. Der Grundsatz der Befristung der Einleitungshindernisse .....	80
D. Die Präklusion der Wahrnehmung von Einleitungshindernissen .....	81

IV. Die Kostendeckung des Abschöpfungsverfahrens .....	83
A. Voraussichtliche Kostendeckung bei Einleitung des Abschöpfungs- verfahrens (§ 202 IO) .....	83
B. Beurteilung der Kostendeckung als Voraussetzung für die Erteilung der Restschuldbefreiung .....	84

### **3. Kapitel: Die Obliegenheiten und die verfahrensrechtliche Wahrnehmung ihrer Verletzung**

I. Die Obliegenheiten als Wohlverhaltensanforderungen (§ 210 IO) .....	89
II. Die Obliegenheiten des Abschöpfungsverfahrens im Einzelnen .....	90
A. Die Erwerbsobliegenheit des Schuldners (§ 210 Abs 1 Z 1 und Abs 2 IO) .	90
1. Angemessenheit der Erwerbstätigkeit unselbständig erwerbstätiger Schuldner .....	91
2. Der Rechtsbegriff des „Bemühens“ um eine angemessene Erwerbs- tätigkeit .....	94
3. Angemessenheit der Erwerbstätigkeit selbständig erwerbstätiger Schuldner .....	95
4. Beurteilung der Erwerbsobliegenheit von im Strafvollzug befindlichen Schuldnern .....	99
5. Auslegung der „Zumutbarkeit“ einer Erwerbstätigkeit .....	101
6. Die Zulässigkeit von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen .....	103
B. Die Obliegenheit zur Herausgabe ausgewählter Vermögenswerte (§ 210 Abs 1 Z 2 IO) .....	104
1. Interpretation einer „unentgeltlichen Zuwendung“ und eines „Gewinns in einem Glücksspiel“ .....	105
2. Auslegung des „Erwerbs von Todes wegen“ oder „mit Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht“ .....	107
3. Gesetzesverständnis der „Herausgabe“ ausgewählter Vermögenswerte. .	112
C. Die Obliegenheit der Anzeige eines Wohnsitz- oder Drittschuldner- wechsels (§ 210 Abs 1 Z 3 IO) .....	114
1. Gesetzlicher Hintergrund der Anzeigeobliegenheiten .....	114
2. Einzelfälle zu Drittschuldner- oder Wohnsitzänderungen .....	116
D. Das Verbot des Verheimlichens oder Unterlassens eines Vermögens- erwerbs (§ 210 Abs 1 Z 4 IO) .....	117
E. Die Auskunftsobliegenheiten des Schuldners (§ 210 Abs 1 Z 5 IO) .....	119
F. Die Auskunftsobliegenheit bei keinem oder unpfändbarem Bezug (§ 210 Abs 1 Z 5 a IO) .....	120
G. Die Obliegenheit der Zahlung an den Treuhänder zur Befriedigung der Gläubiger (§ 210 Abs 1 Z 6 IO) .....	122
H. Das Verbot der Einräumung von Sondervorteilen (§ 210 Abs 1 Z 7 IO) ..	122
I. Das Verbot des Eingehens neuer und bei Fälligkeit nicht zahlbarer Verbindlichkeiten (§ 210 Abs 1 Z 8 IO) .....	124
III. Die vorzeitige Einstellung des Abschöpfungsverfahrens .....	125
A. Vorzeitige Einstellung von Amts wegen (§ 210 a IO) .....	126
B. Vorzeitige Einstellung auf Antrag eines Insolvenzgläubigers (§ 211 Abs 1 IO) .....	129
1. Vorzeitige Einstellung wegen rechtskräftiger Verurteilung oder wegen Eingehens neuer Verbindlichkeiten (§ 211 Abs 1 Z 1 IO) .....	129

2. Vorzeitige Einstellung wegen einer (sonstigen) Obliegenheitsverletzung (§ 211 Abs 1 Z 2 IO) .....	132
a) Obliegenheitsverletzung als Grundtatbestand vorzeitiger Einstellung .....	132
b) Das Tatbestandsmerkmal der Befriedigungsbeeinträchtigung ....	133
c) Die notwendige Vorwerfbarkeit einer Obliegenheitsverletzung. .	135
3. Die Antragslegitimation des Insolvenzgläubigers. ....	137
4. Bescheinigungslast des antragstellenden Insolvenzgläubigers .....	138
5. Subjektive Befristung des Einstellungsantrages. ....	141
C. Vorzeitige Einstellung wegen Verletzung der Auskunftspflicht in einem Einstellungsverfahren (§ 211 Abs 2 IO). ....	144
D. Die Beurteilung einer Sanierung von Obliegenheitsverletzungen .....	146
E. Die Wiederaufnahme des Insolvenzverfahrens nach vorzeitiger Einstellung des Abschöpfungsverfahrens (§ 212 IO) .....	148
IV. Der Widerruf der Restschuldbefreiung und seine verfahrensrechtliche Wahrnehmung (§ 216 IO) .....	149
A. Gravierende Obliegenheitsverstöße als Legitimation begrenzten Vertrauensschutzes .....	149
1. Die notwendige Vorsätzlichkeit einer Obliegenheitsverletzung .....	150
2. Beurteilung der „Erheblichkeit“ einer Befriedigungsbeeinträchtigung .	151
3. Auslegung des Tatbestandsmerkmals „nachträglich“ .....	152
B. Die verfahrensrechtliche Wahrnehmung des Widerrufs .....	152
 <b>4. Kapitel: Ausgewählte Rechtsprobleme der Würdigkeit von Schuldern</b>	
I. Überlegungen zur Ausgestaltung der Einleitungshindernisse im Abschöpfungsverfahren .....	155
A. Rechtsfolgen von Zugangssperren in das Abschöpfungsverfahren .....	155
B. „Unbewegliches System“ der Einleitungshindernisse .....	158
C. Alternative Regelungsmodelle für unredliche Schuldner. ....	161
D. Beurteilung des Zugangs unredlicher Schuldner in das Abschöpfungsverfahren .....	162
E. Notwendige Gläubigerautonomie und Präklusion von Einleitungshindernissen .....	164
II. Erwägungen zu einzelnen Würdigkeitsanforderungen .....	166
A. Limitierung der Verwertbarkeit von Verurteilungen .....	166
B. Ausgestaltung der Sperrfristenregelung .....	168
C. Erweiterung der Widerrufsründe um Insolvenzstraftaten. ....	169
Stichwortverzeichnis. ....	171